



Liebe
Bürgerinnen
und Bürger,

die Wintermonate liegen hinter uns und die Tage werden wieder länger und wir können das Frühjahr genießen. So gut wie die Wetterlage geht es unserem Landkreis leider finanziell nicht. In den vergangenen Wochen hat die Haushaltsberatung gezeigt, dass die finanzielle Situation unseres Landkreises bedrohlich ist. Im kommenden Jahr wird unser Landkreis sein Eigenkapital aufgebraucht haben. Das geplante Defizit im Jahr 2014 beträgt 27 Millionen Euro.

Landrat Schellhaas und die Rot-Grüne Koalition im Kreistag haben die Zeichen der Zeit jedoch nicht erkannt. Die Konsolidierung des Haushaltes wird erneut um ein Jahr verschoben. Nach Runden Tisch und dem KGSt Prozess heißt die neue Vision der Kreisspitze „Korridor Betrachtung“. Trotz Antrag der CDU Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen von FDP und Freien Wählern/Piraten die Konsolidierung schon mit dem Haushalt 2014 beginnen zu lassen entschied sich Rot-Grün für das weitere Aussetzen der Probleme in unserem Landkreis.

So kann es in Zukunft nicht weitergehen und deshalb bin ich froh, dass wir als CDU klare Alternativen zur Politik von SPD und Grünen in unserem Landkreis aufzeigen und weiterhin für unsere Positionen streiten. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes Frühjahr und würde mich freuen, wenn Sie auch in Zukunft unsere Arbeit interessiert begleiten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Lutz Köhler
CDU-Fraktionsvorsitzender

Krankenhäuser:
Immer noch Stillstand bei den Verhandlungen um Fusion der Kliniken im Kreis _ Seite 2

Kinderbetreuung:
„Pakt für den Nachmittag“ soll für verlässliche Betreuung von Kindern sorgen _ Seite 2

Extremismus:
Nur Rechts bekämpfen reicht nicht aus! Alle Strömungen berücksichtigen _ Seite 2

Verabschiedung des Haushalts 2014

Schulden und kein Ende

Das Hauptthema der letzten Kreistagsitzung war die Verabschiedung des Haushalts 2014. Dieser Kreistagsitzung waren zur CDU internen Vorbereitung mehrere Arbeitskreis- und Fraktionssitzungen sowie zwei Klausurtagungen voran gegangen. Allerdings wurde das Erschrecken um so größer je man sich mit dem Thema beschäftigt hat.

Insgesamt schließt der Haushaltsplan 2014 mit Einnahmen von rund 378 Millionen und Ausgaben von rund 406,5 Millionen Euro ab. Das bedeutet ein geplantes Haushaltsdefizit alleine im Jahr 2014 von über 27 Millionen Euro. Mit den bisher noch nicht ausgeglichenen Fehlbeträgen aus den Vorjahren werden wir am Ende dieses Jahres von einem Betrag in Höhe von rund 193 Millionen Euro sprechen. Hinzu kommen weitere Kredite, zum Beispiel aus dem Schulbauprogramm oder aus Investitionen in die Krankenhäuser, so dass sich der Gesamtschuldenstand des Landkreises Darmstadt-Dieburg zum 31.12.2014 bei rund 550 Millionen Euro befinden dürfte!

Dem steht die negative Entwicklung des Eigenkapital gegenüber. Einst mit mehreren Hundert Millionen gestartet wird entweder in diesem Jahr oder spätestens Anfang 2015 das Eigenkapital des Landkreises aufgezehrt sein. Fachleute sprechen in diesem Fall von einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag. Bei Wirtschaftsbetrieben würde dies den Gang zum Insolvenzrichter beim Amtsgericht bedeuten, weil der Betrieb hoff-

Soweit die Theorie. In der Praxis ist das vom Landrat vorgelegte Haushaltssicherungskonzept (HSK) weitestgehend inhaltsleer. Es wurden die über 300 Punkte des Leitfadens für überschuldete Kommunen des Landes Hessen genommen und ohne Nennung von Zahlen auf rund 50 Seiten niedergeschrieben und redaktionell an den Landkreis Darmstadt-Dieburg angepasst. Darüber hinaus hat man vage Punkte formuliert wo man einsparen möchte. So ist zum Beispiel auf Seite 54 des HSK zu lesen: „Kein weiterer Kostenanstieg im ÖPNV“ oder „In 2016 Halbierung, ab 2017 Wegfall vergleich Kreiskliniken.“ Wie jedoch diese Punkte erreicht werden sollen bleibt völlig offen!

Angesichts des HSK fragt sich die CDU Fraktion, wenn wir es dem Landrat bei den aktuellen Wirtschaftsdaten, also absolut niedrige Arbeitslosenquote bei gleichzeitig hohen Steuereinnahmen nicht schafft einen ausgeglichenen Haushalt dem Parlament vorzulegen, wann dann?

Aber das dem Landrat und seiner SPD der Sparwille fehlt ist seit langem bekannt. Bezeich-

15 oder 20 Millionen Euro. Leider blieb die Frage seitens des Landrats unbeantwortet.

Auch die bisherigen Ansätze zur Haushaltskonsolidierung wurden durch den Landrat nur halbherzig vorangetrieben. Begonnen hatte es vor ein paar mit einem Runden Tisch Haushaltskonsolidierung. Dieser traf sich ein paar mal und bekam umfangreiche Informationen durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt. Doch als die Beratungen am Runden Tisch soweit gediehen waren um Empfehlungen für Einsparungen aussprechen zu können wurde der Runde Tisch nicht mehr eingeladen und ist dann eingeschlafen.

Das zweite Zauberwort hieß KGSt Prozeß. (KGSt bedeutet: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) Die KGSt bekam den Auftrag für einen sechsstelligen die Verwaltungsabläufe im Landratsamt zu überprüfen und zu optimieren. Ein Ziel sollte unter anderem sein die Personalkosten zu senken. Heute, nachdem der KGSt Prozeß schon mehrere Jahre läuft ist von Personalkostenersparnis keine Rede mehr. Vielmehr reden wir jetzt über Stellenanhebungen und Personalkostensteigerungen.

Die aktuelle Zaubervokabel heißt Korridor Betrachtung. Dies bedeutet nichts anderes als das man nicht mehr über Details und einzelne Jahre spricht, sondern es wird ein Ziel definiert das es zu erreichen gilt. Was bis zur Zielerreichung passiert ist nicht so wichtig. Konkret bedeutet das, dass der Haushalt 2020 ausgeglichen sein muss. Wenn wir auf dem Weg dahin noch weitere Schulden und Defizite machen müssen ist nicht

Anstatt Personal-
kosten zu sparen,
werden im Kreis
neue Stellen geplant

Ihre Kreistags- abgeordneten vor Ort

Babenhausen
Reinhard Rupprecht

Dieburg
Peter Christ
Boris Freund
Iris Landgraf-Sator

Eppertshausen
Bürgermeister
Carsten Helfmann

Fischbachtal
Gabriele Pauker-Buss

Griesheim
Evelin Spyra

Groß-Bieberau
Waldemar Stetter

Groß-Umstadt
Heiko Handschuh

Groß-Zimmern
Bürgermeister Achim
Grimm
Manfred Pentz MdL

Modautal
Marita Keil

Mühltal
Bürgermeisterin
Dr.Astrid Mannes
Rainer Steuernagel

Münster Hessen
Hans Volkmann

Ober-Ramstadt
Winfried Landrock

Otzb erg
Frank Klock

Pfungstadt
Sebastian Sehlbach

Reinheim
Thorsten Fricke

Schaafheim
Siegfried Sudra

Seeheim-Jugenheim
Sven Holzhauser

Weiterstadt
Lutz Köhler

Kreisausschuss

Groß-Umstadt
Georg Theiss

Modautal
Jessika Tips

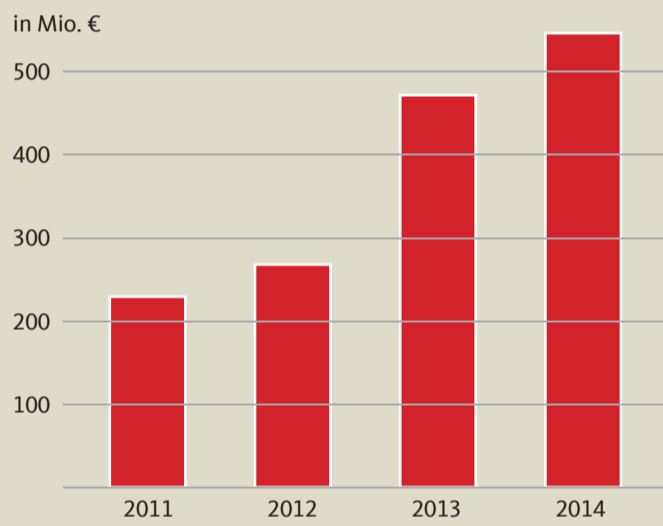
Seeheim-Jugenheim
Marco Hesser



Kontakt

CDU Kreistagsfraktion
Darmstadt-Dieburg
Heiko Handschuh,
Fraktionsgeschäftsführer
Jägerstorstraße 207
64829 Darmstadt
Telefon: (06151) 881 1373
Telefax: (06151) 881 1374
E-Mail: cdu-kreistag@gmx.de
Web: www.cdu-kreistag.net

Schuldenentwicklung im Kreis Darmstadt-Dieburg



nungslos überschuldet ist. Da aber Kommunen und Landkreise bekanntlich nicht „pleite“ gehen können bleibt dem Landrat diese Peinlichkeit erspart. Vielmehr muss er „nur“ ein Haushaltssicherungskonzept (gemäß § 92 Abs 4 HGO) vorlegen aus dem hervorgeht wie man in Zukunft Fehlbeträge vermeiden möchte und das ange-laufene Defizit ausgleichen will.

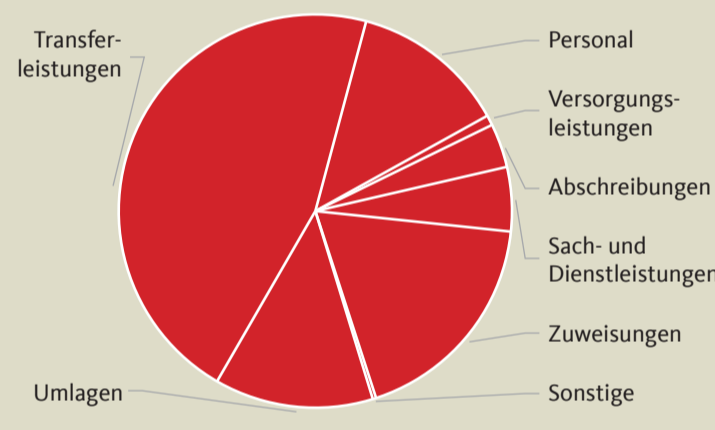
nend dafür ist die Aussage des Landrats in einer Finanzausschusssitzung, bei einem Defizit von 36 Millionen Euro (so der damalige Defizitstand) sei ihm ein Licht aufgegangen das man sparen müsse. Der Finanzpolitische Sprecher der CDU Kreistagsfraktion hat darauf die Frage gestellt warum denn dem Landrat erst jetzt ein Licht aufgeht und nicht schon bei einem Defizit von 5, 10,

so schlimm. Hauptsache 2020 steht die schwarze Null.

Die CDU Kreistagsfraktion vertritt angesichts der Haushaltslage die Auffassung das nicht erst in ein paar Jahren, sondern SOFORT, mit dem Thema Haushaltskonsolidierung zu beginnen ist und erwartet sehnhilich die vom Landrat angekündigten Einsparvorschläge. ■

Ausgaben im Kreis Darmstadt-Dieburg

Geplante Ausgaben des Landkreises Darmstadt-Dieburg für das Jahr 2014 auf Basis des Haushaltsplanes.



14 CDU-Vorschläge zum Sparen

Folgende Vorschläge hatte die CDU Kreistagsfraktion bereits in der Haushaltsberatung unterbreitet:

01 Finanzwesen

Der Kassenkreditrahmen des Landkreises (bei einer Privatperson würde man vom Dispokreditrahmen sprechen) soll auf 140 Millionen Euro gesenkt werden. Zum einen geht die Kreisverwaltung selbst davon aus, dass der Kreditrahmen auskömmlich ist und zum anderen trägt es zur Haushaltsdisziplin bei, wenn der Kreditrahmen eng bemessen ist.

02 Stellenplan

Im Bereich der Kreisagentur für Beschäftigung soll auf die zusätzlichen acht Stellen verzichtet werden. Diese Stellen sollten durch Umstrukturierungen innerhalb der Kreisverwaltung neu besetzt werden. Durch diesen Schritt ergäben sich Einsparungen von mindestens 350.000,- Euro pro Jahr.

03 Repräsentation

Kritische Überprüfung der Repräsentationsausgaben. Zum Teil erhalten/erhaltenen Kreistagsabgeordnete drei bis vier Briefe der Kreisspitze mit Geburtstagswünschen, weil der Landrat Schellhaas, die Erste Beigeordnete Lück und der Beigeordnete Fleischmann sowie die Kreistagsvorsitzende Wucherpfennig jeweils ein gesondertes Geburtstags schreiben schickten. Auch die CD in Hessischer Mundart, die dem letzten Weihnachtsschreiben beilag, sehen wir als verzichtbar an.

04 Veranstaltungen

Bis der Landkreis Darmstadt-Dieburg wieder einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorlegt, sollten folgende Feste und Empfänge ausgesetzt werden:
- Familienfest
- Fastnachtsempfang
- Wirtschaftsempfang
Ohne Personalkosten liegt das Einsparpotential bei ca. 15.000,- Euro pro Jahr. Mit Personalkosten dürfte der Betrag noch deutlich höher liegen.

05 Volkshochschule

Hier sollte die Zusammenlegung der Volkshochschulen von Darmstadt und Darmstadt-Dieburg dringend geprüft werden. Dadurch könnten doppelte Verwaltungsstrukturen sowie doppelte Kursangebote, die sich teilweise Konkurrenz machen, eingespart werden. Das Einsparpotential wird auf einen sechsstelligen Betrag pro Jahr geschätzt.

06 Ehemalige Kreismusikschule

Die Vereinbarung mit der Stadt Darmstadt aus dem Jahr 1990 soll gekündigt werden, da die beiden Bediensteten bald in Ruhestand gehen. In diesem Fall müssten die Stellen nicht neu besetzt werden. Daraus ergäbe sich ein Einsparpotential von ca. 100.000,- Euro pro Jahr.

07 Gremienmanagement

Der Parlamentarische Abend sowie die Ehemaligentreffen sollen nicht mehr jährlich, sondern nur jeweils zu Beginn der Wahlperiode stattfinden. Das Einsparpotential in den fünf Jahren beträgt 43.000,- Euro.

08 Kantine

Durch Neuorganisationen und Fremdvergabe im Kantinenbereich soll das Defizit auf null reduziert werden. Das Einsparungspotential pro Jahr liegt bei 222.000,- Euro.

09 Job-Ticket

Das Job-Ticket für die Beschäftigten des Landkreises ist eine rein freiwillige Leistung, weil es nicht Bestandteil der Tarifvereinbarung ist. Um in diesem Bereich das Defizit ausgleichen zu können, schlagen wir eine Parkraumbewirtschaftung der kreiseigenen Parkplätze sowie eine Anhebung des Eigenanteils der Arbeitnehmer beim Job-Ticket vor. Das jährliche Einsparpotential liegt bei rund 100.000,- Euro pro Jahr.

10 Frauen und Chancengleichheit

Die Zuschüsse zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen erwerbsloser Frauen können um 10.000,- Euro von 68.000,- auf 58.000,- Euro gesenkt werden. Das jährliche Einsparpotential liegt bei 10.000,- Euro.

11 Finanzverwaltung und Rechnungswesen

Der Kauf, Verkauf und die Verpachtung von Liegenschaften soll an das Da-Di-Werk übertragen werden, da dieses ohnehin für das Gebäudemanagement zuständig ist. Durch diese Maßnahme werden die Aufgaben gebündelt. Das Einsparpotential kann in diesem Punkt schlecht beziffert werden.

12 Statistische Angelegenheiten

Die Drucksache „Statistik konkret“ wird nur noch Digital zur Verfügung gestellt. Durch den Verzicht auf die Hochglanzbrochure können pro Jahr 10.000,- Euro eingespart werden.

13 Publikationen

Derzeit gibt der Landkreis Darmstadt-Dieburg rund 120.000,- Euro pro Jahr für Veröffentlichungen aus. Allerdings sind in diesem Betrag die Personalkosten für die Erstellung der Druckvorlagen und Bearbeitung der Veröffentlichungen noch nicht berücksichtigt. Dabei handelt es sich um eine Flut von Broschüren, Heftchen und Büchern mit zum Teil verzichtbarem Inhalt. Daher sollen die Veröffentlichungen auf die Hälfte reduziert werden. Das Einsparpotential für die Druckkosten liegt bei 60.000,- Euro pro Jahr. Das Einsparpotential für die Personalkosten dürfte mindestens im gleichen Bereich liegen, wenn nicht sogar darüber.

14 Fachliteratur

Es muss geprüft werden, ob die gesamte Fachliteratur noch in gedruckter Form beschafft werden muss. Einen Großteil der Fachliteratur gibt es heute auch schon wesentlich kostengünstiger im Internet. Das Einsparpotential schätzt die Kreistagsfraktion auf ca. 25.000,- Euro pro Jahr.

Die Gesamtsumme der vorgeschlagen Einsparungen belaufen sich auf rund 1,1 Millionen Euro!

Krankenhäuser im Kreis Darmstadt-Dieburg

Immer noch Stillstand im Krankenhausbereich

Bereits in der letzten Ausgabe des Newsletters haben wir uns mit dem Thema Kreiskrankenhäuser beschäftigt. Der damalige Stand war, dass das Bistum Mainz ein Gesprächsangebot für die schon seit langer Zeit gewünschte Fusion der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg mit dem Sankt Rochus Krankenhaus in Dieburg angeboten hat. Außerdem sollte auch das Städtische Klinikum in Darmstadt mit in die Fusion einbezogen werden. Das war im August/September 2013. Es stellt sich nun die Frage, was ist in den letzten sechs Monaten passiert und wo stehen wir heute im März 2014?

Die Antwort ist ernüchternd. Das Bistum Mainz hat die Verhandlungen zur Fusion der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, dem Städtischen Klinikum Darmstadt und dem Sankt Rochus Krankenhaus Dieburg bis auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Darüber hinaus wurden die anhängigen Klagen beim Oberlandesgericht Frankfurt über Schadensersatz und Vertragsbestandteile, die bis dahin „ruhend“ gestellt waren, wieder aufleben lassen. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, hatte die Katholische Kirche die Klagen für die Zeit der Fusionsverhandlungen ruhend gestellt, wie der Jurist sagt, d. h. die Klagen

wurden eingefroren und die Verfahren zunächst nicht weiter vorangetrieben.

Auch das zwischenzeitlich mit in die Fusionsüberlegungen einbezogene Marienhospital in Darmstadt hat sich zwischenzeitlich wieder zurückgezogen und möchte lieber alleine weiterarbeiten. Darüber hinaus haben nach dem Kenntnisstand der CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg seit geraumer Zeit keine Gespräche mehr zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Fusion der kommunalen Krankenhäuser stattgefunden.

Neue CDU-geführte Landesregierung überholt rot-grüne Kreisregierung beim Thema „Betreuende Grundschule“

„Pakt für den Nachmittag“

Viele Eltern sind nach Ende der Kindergartenzeit und dem Wechsel ihrer Kinder in die Grundschule in ein Betreuungsloch gefallen. In den vergangenen Jahren wurde auf Initiative der CDU-geführten Bundes- und Landesregierung viel in die Betreuung der unter 3-jährigen (U3) und der über 3-jährigen Kinder (Ü3) investiert, um auch den seit dem 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen.

Dadurch sind natürlich auch die berechtigten Ansprüche der Eltern auf eine adäquate Betreuung in der Grundschule gewachsen. Hier hatte die rot-grüne Koalition einen unter mysteriösen Umständen – in Zusammenarbeit mit Bürgermeistern und der Kreisverwaltung – entstandenen Antrag in den Kreistag eingebracht, der u.a. Mehrkosten für den Landkreis von 263.000 € pro Jahr vorgesehen hätte. Dieser Antrag sollte dann in einem fraktionsübergreifenden Arbeitskreis diskutiert und dann dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dies haben wir als CDU-

**Gründlichkeit vor
Schnelligkeit bei
der Planung der
Kinderbetreuung am
Nachmittag**

Schulträger müssen dann in einer Vereinbarung mit dem Land garantieren, dass sie für die weiteren drei Stunden bis 17.00 Uhr und auch für die Betreuung während der Schulferien finanziell aufkommen. Hierbei ist noch nicht entschieden, ob auch die Städte und Gemeinden sowie die Eltern in die Finanzierung einbezogen werden oder nicht. Das Land Hessen will daher alle Grundschulen, die daran Interesse haben, in das Ganztagsprogramm aufnehmen und den Ausbau beschleunigen.

„Wir als CDU-Kreistagsfraktion werden die Umsetzung konstruktiv begleiten. Für uns ist zum einen die Freiwilligkeit des Angebots entscheidend, d.h. wir setzen uns für einen bedarfsgerechten und keinen ideologischen Ausbau ein. Zum anderen wollen wir die vielen guten bisherigen Angebote nicht zerstören und in die Neukonzeption mit aufnehmen. Schließlich muss das Ganze auch finanzierbar sein“, so Marita Keil, die Vorsitzende des Sozialarbeitskreises.

Deshalb fordert die CDU-Kreistagsfraktion die Kreisverwaltung auf, Verhandlungen mit dem Land Hessen über eine Vereinbarung zum „Pakt für den Nachmittag“ im Landkreis Darmstadt-Dieburg aufzunehmen, um möglichst zeitnah erste Erfolgsergebnisse im Sinne der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern vermelden zu können. Dies sehen wir als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an und ermöglichen vielen Schülerinnen und Schülern mehr Bildungsge- rechtigkeit. ■

Fraktionsvorsitzende Lutz Köhler. Hier gelte Gründlichkeit vor Schnelligkeit! Der „Pakt für den Nachmittag“ sieht eine verlässliche Betreuungszeit von 7.30 Uhr bis 14.30 Uhr an allen fünf Unterrichtstagen vor, die das Land Hessen finanziert. Die Landkreise als



Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):

Straßenbahnprojekt in den Osten des Landkreises steht vor dem Aus

Bereits vor drei Jahren hat die grün-schwarze Koalition in Darmstadt die geplante Nordostumgehung um Darmstadt gestoppt und abgeplant. Den Pendlern, die sich seit Jahren und Jahrzehnten im Stau vor den Toren Darmstadts auf der B 26 anstellen, wurde daraufhin eine bessere Anbindung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) versprochen. Doch leider hat sich bis jetzt noch nichts entscheidend bewegt.

Der Idee, die Busverbindungen in den Osten des Landkreises auszubauen, und somit mehr Pendler zum Umstieg vom Auto auf den ÖPNV zu bewegen, wurde sehr schnell durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt ein Riegel vorgeschoben. Der Regierungspräsident hat die Aufsicht über den ÖPNV und festgestellt, dass schon heute viel zu viele Busse über den Luisenplatz und den benachbarten Willy-Brandt-Platz fahren. Deshalb muss die Darmstadt-Dieburger-Nahverkehrsorganisation (DADINA), die den ÖPNV im Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt organisiert, sogar noch Busverkehre auf den genannten innerstädtischen Plätzen reduzieren anstatt zu erhöhen.

Also war schnell die bereits aus den 80er Jahren stammende Idee einer Straßenbahnverbindung in den Osten des Landkreises wiederbelebt. Die Straßenbahn sollte im Wesentlichen auf dem alten Gleiskörper der ehemals von Groß-Zimmern nach Darmstadt führenden Ei-

senbahn geführt werden. Auf dem Stadtgebiet in Darmstadt sollte die Straßenbahn dann auch gleich noch die Kapazitätsprobleme auf dem Weg von und zur Lichtwiese lösen. Man hätte auf diese Weise gleich zwei Probleme lösen können. Doch führten naturschutzrechtliche Vorgaben recht früh dazu, dass die Linienführung über die Lichtwiese nicht weiter verfolgt wurde. Übrig blieb die Variante von der Grünen Mitte in Groß-Zimmern über Gundernhausen/Stetteritz, an Roßdorf vorbei über den Ostbahnhof, vorbei am Woog, die Landgraf-Georg-Straße hinunter, am Schloss vorbei über den Luisenplatz zum Hauptbahnhof.

Für Vorprüfungen wurden bereits Mittel im sechsstelligen Bereich verausgabt, wobei das Ergebnis der Prüfungen jüngst der Presse zu entnehmen war. Aufgrund eines schlechten Nutzen-

Für die drei Träger der Krankenhäuser in Darmstadt-Dieburg und Darmstadt ist dieser Umstand eine Katastrophe, weil sowohl die Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg (rund sieben Millionen Euro Defizit in 2014) als auch das Städtische Klinikum Darmstadt (zweistelliges Millionendefizit) rote Zahlen schreiben. Und wie der Presse zu entnehmen war, schreibt auch das Sankt Rochus Krankenhaus keine schwarzen Zahlen.

Der Grund für die relativ schlechten Zahlen liegt in der Tatsache begründet, dass sich die Krankenhäuser, die sich ein Einzugsgebiet teilen, in vielen Bereichen Konkurrenz machen.

So betreibt zum Beispiel jeder der beinahe Partner ein teures Herzkatheterlabor, welches in keinem der Häuser voll ausgelastet ist. Ein weiteres Beispiel sind die Geburtstationen. Auch dieses Angebot wird in Groß-Umstadt, in Dieburg und in Darmstadt angeboten, und das, obwohl die Geburtenzahlen seit längerer Zeit rückläufig sind.

Krankenhäuser machen sich in vielen Therapieangeboten gegenseitig Konkurrenz – rote Zahlen sind die Folge

Die Lösung kann und muss daher nur eine Fusion sein. Nur so können sich die jeweiligen Krankenhäuser spezialisieren und damit auf Dauer finanziell gesunden. Und nur so kann es langfristig gelingen eine optimale medizinische Versorgung auf Dauer in der Region zu sichern. Dem Fraktionsvorsitzenden der CDU Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg, Lutz Köhler, ist es dabei wichtig, „dass die Krankenhausstandorte

in Dieburg und Groß-Umstadt erhalten bleiben. Beide haben einen festen Platz in der medizinischen Versorgung im Ostkreis. Sie gehören zu einem optimalen Angebot an die Patienten“, teilte Köhler zu den Gesprächen mit.

Die CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg appelliert daher an alle Gesprächspartner wieder an den Verhandlungstisch zurück zu kehren und nach einem Weg zu suchen, der die Krankenhäuser in Groß-Umstadt und Dieburg sichert, um so das Versorgungsangebot gerade im östlichen Teil des Landkreises erhalten zu können. ■

Arbeitsgruppe zum Thema Rechtsextremismus in Darmstadt-Dieburg

Rot-Grün-Rot im Kreistag auf dem linken Auge blind?

Im Frühjahr 2012 befasste sich der Kreistag mit dem Thema Rechtsextreme Gewalt. Auslöser dafür waren die unfassbaren Taten der rechtsextremen Untergrundorganisation „NSU“. Diese hatten die Linke und die Rot-Grüne Koalition im Kreistag dazu bewegt, einen Antrag zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus einzurichten. Auf den Vorschlag der CDU und der Freien Wähler/Piraten, die Arbeitsgruppe sich generell mit den Themen Extremismus und Fanatismus beschäftigen zu lassen, wurde damals in der politischen Diskussion seitens Rot/Grün abgelehnt.

Man wolle sich zunächst dem Thema Rechtsextremismus befassen, da sich dies auf der gegenwärtigen politischen Agenda befände und sich dann, zu einem späteren Zeitpunkt, den anderen extremistischen Themenfeldern, wie z. B. Linksextremismus und religiösem Fanatismus, zuwenden. Davon will die Koalition im Kreistag heute nichts mehr wissen. Nachdem die Freien Wähler/Piraten einen Antrag zu diesem Thema aus dem 2012 zurückgezogen haben, hat die CDU Kreistagsfraktion einen neuen Antrag gestellt. (Diesen und alle anderen Anträge finden Sie auf unserer Homepage www.cdu-kreistag.net)

Hierbei wird als Hauptargument vorgebracht, dass das Thema linksextrem motivierter Kriminalität in der Region keine Rolle spiele. Die Fallzahlen im Bereich der Polizeidirektion Südhessen, die zuständig ist für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt, sprechen allerdings eine andere Sprache. So stiegen im Bereich der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg die Fallzahlen von 14 im Jahr 2011 auf 19 im Jahr 2012. Dem stehen 49 rechtsextrem motivierte Straftaten in 2011 und 51 Straftaten in 2012 gegenüber.

Auch der religiöse Fanatismus ist ein aktuelles Thema. Beispielsweise sind nach unterschiedlichen Quellen bereits 23 hessische Schüler durch islamistische Fanatiker für den Bürgerkrieg in Syrien von den Pausenhöfen abgeworben worden.

Daher stellt sich die Frage, warum sich Rot/Grün so vehement dagegen wehrt, sich des Themas Linksextremismus und religiösem Fanatismus zu stellen. Hier könnten böse Zungen unterstellen das Rot/Grün im Landkreis Darm-

stadt-Dieburg auf dem linken Auge blind sei. Einzig die Motivation der Linken im Kreistag ist klar. Sicherlich hat eine Partei, die dem Linksextremismus nahe steht und bis vor kurzem noch unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stand, kein Interesse daran, dass das linksextreme Umfeld im Landkreis weiter beleuchtet wird.



Festzuhalten bleibt, dass sich die CDU-Kreistagsfraktion gegen jegliche extremistische und fanatische Strömung stellt und für die demokratische und freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einsteht. Vor diesem Hintergrund bedauern wir sehr, dass unser Antrag in der letzten Sitzung des Kreistags Darmstadt-Dieburg nur von der CDU, der FDP und Teilen der Freien Wähler/Piraten unterstützt wurde. ■

